Niedersachsen-Echo

Zeitung des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V.

SoVD Sozialverband Deutschland Landesverband Niedersachsen e.V.

Dezember 2012 **Ausgabe Nr. 12**

SoVD und ver.di diskutieren demografischen Wandel

Gleiche Chancen für alle

SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer forderte unter anderem, die Rente mit 67 rückgängig zu machen. Foto: ver.di

Der demografische Wandel bringt die Herausforderung mit sich, soziale Dienstleistungen auch in städtischen und ländlichen Regionen mit abnehmender Bevölkerungszahl aufrecht zu erhalten.

Es wäre völlig verkehrt, wenn die Landesregierung den Schluss ziehen würde, öffentliche Dienstleistungen weiter zu kürzen, abzubauen oder zu privatisieren – darin sind sich die Gewerkschaft ver.di und der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. einig. Während einer „alternativen Anhörung“ haben sie Vertreter der Parteien vor der Landtagswahl zu ihren Positionen befragt. ver.di und SoVD fordern von der Politik, die Rente mit 67 rückgängig zu machen und flexible Übergänge in den Ruhestand zu ermöglichen.

„Die zurückgehende Bevölkerungszahl und die gestiegene Lebenserwartung muss dazu genutzt werden, die vorhandene Infrastruktur zu verbessern und gute öffentliche Dienstleistungen für alle Bürger zu gewährleisten“, sagte die stellvertretende Landesleiterin Susanne Kremer. „Nur wenn Sozialverbände, Sozialpartner und Parteien zusammen arbeiten, sind wir in der Lage, den gesellschaftlichen Wandel so zu gestalten, dass alle sozialen Gruppen und deren Bedürfnisse gleichermaßen berücksichtigt werden.“ Es gehe um eine solidarische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

„Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das gilt insbesondere für ganztägige, kostenlose Krippen- und Kindergartenplätze. In einer familienfreundlichen Arbeitswelt benötigen wir dringend Eltern- und pflegegerechte flexible Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung und Rückkehrmöglichkeiten in den Beruf. Wir brauchen gleiche Bildungschancen für alle gesellschaftlichen Gruppen.“

„Wir müssen darauf achten, dass in ganz Niedersachsen Infrastruktur erhalten bleibt. Da, wo Daseinsvorsorge aufgrund finanzieller Zwänge abgebaut wird, muss die Verbesserung des Lebens- und Wohnumfeld notfalls staatlich garantiert werden“, ergänzte Adolf Bauer, SoVD-Landesvorsitzender.

Von der Wirtschaft erwarten beide Organisationen eine stärkere Anpassung an die zukünftige ältere Konsumentenschaft. Dies bedeute auch die Förderung von generationengerechten Produkten und Dienstleistungen. ver.di und SoVD wollen von der Politik, dass bei allen politischen Entscheidungen und Gesetzesvorhaben eine Prüfung mit Blick auf ein „generationengerechtes Leben“ erfolgt.

Liebe Mitglieder,

2012 war ein ganz besonderes Jahr für den SoVD in Niedersachsen. Wir haben wichtige Weichen für die Zukunft gestellt - vor allem in der öffentlichen Wahrnehmung. „SoVD. So geht sozial.“ stand als Leitspruch über einem Mix abgestimmter Werbemaßnahmen. Unsere Imagekampagne hatte nur ein Ziel: Den SoVD noch bekannter machen.

Es hat funktioniert.

Am Ende dieses Jahres wird der Verband etwa 274.000 Mitglieder haben. Wir freuen uns darüber, dass wir jedes Jahr mehr werden. Eine starke Gemeinschaft wird immer stärker. Auch politisch. Wir werden auch als sozialpoltische Interessenvertretung mehr und mehr ernst genommen.

Den SoVD tragen drei Säulen. Die Geselligkeit einer solidarischen Gemeinschaft. Die Sozialberatung. Und die politische Interessenvertretung. Gerade Letzteres ist mindestens in der öffentlichen Wahrnehmung hier und da ein wenig kurz gekommen. Wir achten mehr und mehr darauf, das Gewicht gleichmäßig zu verteilen.

Dabei unterstützen den Landesverband mehr als 60 politische Aktionen überall im Lande. Orts- und Kreisverbände haben begriffen, wie wichtig es ist, sich politisch einzumischen. 2013 geht es weiter. Auch dieses Jahr wollen wir mit einem Mix von Imageaktionen und politischen Veranstaltungen weiter an unserer Zukunft arbeiten. Für 2012 sage ich allen, die am Erfolgsmodell SoVD gearbeitet haben, herzlichen Dank. Ohne Sie, die Ehren- und Hauptamtlichen, hätten wir das nicht geschafft. Ich freue mich auf 2013 mit Ihnen

Aber zunächst holen wir etwas Luft für das neue Jahr. Vor uns steht die Adventszeit. Ich wünsche Ihnen eine schöne Weihnachtszeit, geruhsame Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Ihr

Adolf Bauer
1. Landesvorsitzender

„Wohl der Patienten muss Vorrang haben“ / Nicht auf Krankengeld verzichten

Krankenkassen: Trotz Druck nicht einfach kündigen

Das Vorgehen der Krankenkasse KKH | Allianz hat in den vergangenen Wochen für Empörung gesorgt. Der Vorwurf: Die Kasse soll schwer kranke Mitglieder in einer Telefonaktion zur Kündigung gedrängt haben.

Die KKH|Allianz hatte dies zunächst dementiert. Die Anrufe seien erfolgt, um mit den Mitgliedern über ausstehende Zusatzbeiträge zu sprechen. Mittlerweile hat sich jedoch bestätigt, dass ein Teil der Anrufe darauf abzielte, die Kranken - und dadurch teureren Versicherten - zu einem Kassenwechsel aufzufordern. Auch der SoVD reagiert entsetzt. „Geldeintreiberei per Telefon hat Finanzhai-Charakter. Gerade Ältere Versicherte verunsichert so ein Vorgehen enorm“, weiß SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer. Das Wohl der Patienten müsse Vorrang haben vor finanziellen Interessen der Krankenversicherungen.

Der SoVD stellt in diesem Zusammenhang aber noch einen Trend fest: „Immer häufiger wird Versicherten im Gespräch von Krankenkassen-Mitarbeitern nahegelegt, auf den Weiterbezug von Krankengeld zu verzichten und das jeweilige Arbeitsverhältnis aus Krankheitsgründen zu kündigen“, sagt die 2. Landesvorsitzende Edda Schliepack. Sie rät allen Betroffenen, das nicht zu tun und schnell in eines der SoVD-Beratungszentren zu kommen, um nicht leichtfertig auf Ansprüche zu verzichten.

„Die Fälle mehren sich signifikant – und sie betreffen eine ganze Reihe von Krankenkassen“, hat Schliepack festgestellt. In den Gesprächen – teils persönlich, teils telefonisch, nie aber schriftlich – werde enormer Druck aufgebaut, seinen Job zu kündigen. Die Agentur für Arbeit könne sich doch viel besser um einen sogenannten „leidensgerechten Arbeitsplatz“ kümmern. Unsinn, sagt der SoVD. Natürlich sei die Kündigung zum Nachteil der Versicherten. Das Arbeitslosengeld I liege sehr oft unter dem Krankengeld, außerdem rutsche man früher in das noch niedrigere Hartz IV. „Es kann nicht sein, dass Krankenkassen aus Kostengründen solche fahrlässigen Vorschläge machen“, ärgert sich Schliepack.

Der SoVD findet: Auch bei Krankenkassen muss das Wohl der Versicherten vorgehen. Foto: Stefanie Jäkel